



An die Mitglieder des Bundesrates

Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Steinhausen, 23. März 2023

Offener Brief an den Bundesrat

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte

Zur Fortsetzung des bilateralen Weges hat sich Kompass / Europa stets bekannt. Unserer Meinung nach ist dieser aber nicht notwendigerweise und um jeden Preis mit der Teilnahme am Binnenmarkt gleichzusetzen.

Die Sondierungsrunden und die technischen Gespräche erwecken den Eindruck, dass die EU ein Scheitern bzw. ein lose-lose-Ergebnis für beide Parteien in Kauf nimmt. Es scheint nicht gelungen, Verständnis für die so wichtigen Wettbewerbs- und Standortvorteile vermittelt zu haben. Dazu gehören unter anderem unsere direktdemokratischen und föderalen Staatsstrukturen, unsere gelebte Sozialpartnerschaft wie auch die souveräne Rechtsetzungskompetenz unserer Gesetzgeber. Auf Lösungsansätze im Stromdossier wurde trotz Energiekrise und der systemkritischen Relevanz des Schweizer Stromnetzes in Europa nicht eingegangen. Wir hätten uns aber auch seitens unserer Diplomatie mehr Offenheit und Entschlossenheit gewünscht. Zum Beispiel wurde das Interesse aus dem angelsächsischen Raum am Aufbau und einer Vertiefung der Forschungs- und Bildungszusammenarbeit als Option nur stiefmütterlich angegangen.

Leider präsentiert die EU für uns vitale Punkte wie die dynamische Rechtsübernahme oder die Frage der Gerichtsbarkeit nahezu identisch wie beim richtigerweise gestoppten Rahmenabkommen. Die in Aussicht gestellten Ventilklauseln sowie einige Ausnahmen bei der EuGH-Zuständigkeit erachten wir als unbefriedigend. Eine solche Lösung wird in der Wirtschaft und Zivilgesellschaft keine Akzeptanz finden und auf viel Widerstand stossen.

Die Haltung der EU besorgt uns und wir möchten Sie dazu ermutigen, nur ein Verhandlungsmandat zu erteilen, das die Interessen der Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft respektiert.

Dynamische Rechtsübernahme

Kompass / Europa hat stets Offenheit bei der punktuellen, sektorbezogenen Rechtsübernahme signalisiert. So beispielsweise in den Bereichen Luft- und Landverkehr, Strom & Energie oder Cyber. Auch mögliche Sicherheitskooperationen mit der EU könnten für die Schweiz von Interesse sein. Mit einer grundsätzlichen dynamischen Rechtsübernahme riskieren wir jedoch, dass unsere Gesetze im Zweifelsfall nicht mehr vom Parlament und Stimmvolk, sondern von der EU diktiert werden. Diese direktdemokratische Rechtsetzungskompetenz dürfen wir nicht aus der Hand geben. Für Fälle, in denen EU-Recht mit der Verfassung, Gesetzen oder Volksentscheiden kollidiert, müssen faire Opt-Out-Möglichkeiten gegeben sein. Diese sehen wir in der aktuellen Diskussion nicht.



Der Europäische Gerichtshof

Der EuGH ist bekanntermassen das Gericht der Gegenpartei, das im Sinne einer schleichenden Integrationsspirale seinen Zuständigkeitsbereich laufend ausdehnen wird. Dieses Rad wird man in einigen Jahren oder Jahrzehnten nicht mehr zurückdrehen können. Bei Uneinigkeiten braucht es eine neutrale, klärende Instanz. Auch diese sehen wir in der aktuellen Diskussion nicht.

Unionsbürgerschaft & Personenfreizügigkeit

Das vergangene Jahr und die sich laufend zuspitzende Immigrationskrise stellen je länger je mehr die Personenfreizügigkeit mit der EU in Frage. Der Migrationsdruck auf die Schweiz hat ein Ausmass angenommen, welcher strukturell nicht zu bewältigen und volkswirtschaftlich schädlich ist. Das Thema Wohnungsnot ist offensichtlich eines der akuten Symptome. Auch die Fachkräfteproblematik lässt sich nicht mit ungesteuerter Zuwanderung lösen. Letztere resultiert in substanziellen und nachhaltigen Mehrkosten für Infrastruktur und Sozialsysteme. Die Personenfreizügigkeit als Fundament der Binnenmarktvereinbarungen steht heute tatsächlich in einem immer grösser werdenden Konflikt mit unseren volkswirtschaftlichen Interessen.

Diese Differenzen erachten wir als problematisch. Sollte die EU die weiteren Vertiefungen oder gar die weitere Teilnahme am Binnenmarkt nur unter den eingangs beschriebenen Bedingungen erwägen, empfehlen wir, die Verhandlungen auf der heutigen Basis nicht weiterzuführen. Eine schleichende Integration in die EU ist für uns kein Weg. Auch ausserhalb des Binnenmarktes lassen sich Lösungen mit der EU erarbeiten und das Freihandelsabkommen dient weiterhin als strategische fall-back Position. Darüber hinaus können weitere Kooperationen mit anderen Regionen und Märkten erschlossen werden.

Unsere basisdemokratischen Rechte sowie unsere langfristigen Standortvorteile gewichten wir höher als kurzfristige Transaktionskosten-Vorteile aus einem möglichen Vertragspaket mit der EU. Nicht zuletzt sind wir davon überzeugt, dass es von Ihnen gegenüber der EU Hartnäckigkeit braucht, um auch innenpolitisch die nötige Unterstützung für die künftige Europapolitik der Schweiz zu erhalten.

Für die komplexen und anspruchsvollen Entscheide, die Sie treffen müssen, möchten wir Ihnen Gelassenheit wünschen und unser Vertrauen aussprechen. Gute Lösungen oder auch neue Ansätze brauchen Zeit. Die haben wir.

Wir danken Ihnen für die sorgfältige Prüfung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Kompass / Europa

Urs Wietlisbach
Co-Initiant
Kompass / Europa

Heinrich Fischer
Präsident des Steuerausschusses
Kompass / Europa

Philip Erzinger
Geschäftsführer
Kompass / Europa